

Zur außenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus. (I): Belarus im postsowjetischen Kontext

Ljabedz'ka, Anatol'

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ljabedz'ka, A. (1998). *Zur außenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus. (I): Belarus im postsowjetischen Kontext.* (Aktuelle Analysen / B1Ost, 13/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47393>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zur außenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus

Teil 1: Belarus im postsowjetischen Kontext

Zusammenfassung

Die Analyse schildert die Vorstellungen der weißrussischen Opposition zu den verschiedenen Dimensionen der internationalen Beziehungen des Landes, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zu Rußland und zur GUS.

Mit ihrer geopolitischen Lage am Schnittpunkt zwischen dem postsowjetischen Raum und dem sich integrierenden Europa kommt der Republik Belarus nach Ansicht der demokratischen Opposition eine Brückenfunktion zu. Dazu bedarf es freilich einer gefestigten Staatlichkeit des Landes. In der Zweierunion mit Rußland liegt die Gefahr einer Fortdauer der einseitigen Abhängigkeit von Rußland, die Viererunion – unter Einschluß von Kasachstan und Kirgistan – besteht lediglich in der vertikalen Ausrichtung auf Rußland; die GUS schließlich kann sich wegen der Dominanz Rußlands und der divergierenden nationalen Interessen und geopolitischen Ausrichtungen ihrer Mitglieder nicht zu einer Gemeinschaft nach dem Muster der EU entwickeln. Die Schlußfolgerung, die die demokratische Opposition für die Außenpolitik des Landes aus dieser Situation zieht, lautet: Ohne die Bedeutung enger kooperativer Beziehungen zu Rußland in Abrede zu stellen, sieht die Opposition in einer einseitigen Ausrichtung auf Rußland und die GUS für das Land keine Zukunftsperspektive.

Für ein kleines Land wie Belarus ist die Außenpolitik ein zentrales Element zur Sicherung des Überlebens und der Entwicklung. Die Etablierung der Republik Belarus als selbständiges Subjekt im System der internationalen Beziehungen ging mit der weltweiten Umstrukturierung dieses Systems einher. Zu Beginn der neunziger Jahre ergab sich die einmalige Möglichkeit, im Rahmen der Errichtung eines neuen Europa die weißrussische nationalstaatliche Idee zu realisieren. Leider wurde diese Periode zu einer Zeit der versäumten Möglichkeiten. Es zeigte sich, daß die politische Elite und die Intelligenz ebenso wie die breiten Schichten des weißrussischen Volkes sich die neue Idee einer unverhofften Nationalstaatlichkeit nicht so schnell zueigen machen konnten.

Außenpolitische Prinzipien

Kurz vor der Jahrtausendwende ist die Staatlichkeit von Belarus nach wie vor eine Kernfrage, an der sich die Meinungen reiben. Ihre positive Entscheidung hängt weitgehend von der außenpolitischen

Aktivität ab. Unter strenger Beachtung der allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen, der Schlußakte von Helsinki, der Pariser Charta für ein neues Europa und weiterer Grundsatzdokumente von internationaler Bedeutung muß die Republik Belarus eine Außenpolitik betreiben, die sich auf folgende Prinzipien gründet:

- Priorität der demokratischen Werte, der Interessen der Person, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten;
- Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt;
- friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten;
- Nichteinmischung in Angelegenheiten, die in die innere Zuständigkeit anderer Staaten fallen;
- Verpflichtung der Staaten, entsprechend der UN-Charta zusammenzuarbeiten;
- Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker;
- souveräne Gleichheit der Staaten;
- gewissenhafte Erfüllung der Verpflichtungen aus geltenden Verträgen und Abkommen.

Auf kurze und mittlere Sicht muß die Außenpolitik der Republik Belarus ausgerichtet sein auf:

- Erhalt und Konsolidierung der staatlichen Souveränität, Aufwertung der Rolle und der Bedeutung des Landes im System der internationalen Beziehungen;
- Verfassungsrechtliche Verankerung des Ziels, einen kernwaffenfreien und neutralen Status des Landes zu erlangen;
- Schaffung günstiger äußerer Bedingungen für den Aufbau der Marktwirtschaft in der Republik Belarus und für die Integration des Landes in die gesamteuropäischen und weltweiten Wirtschaftssysteme auf der Basis der Gleichberechtigung, der Souveränität und der Beachtung nationaler Interessen;
- Gewährleistung der Sicherheit von Belarus durch politische und diplomatische Mittel;
- Einbeziehung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen Europas;
- Entwicklung konstruktiver, gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit mit allen ausländischen Partnern auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung;
- Gewährleistung der Bedingungen für die umfassende und eigenständige Entwicklung des weißrussischen Volkes auf der Basis seiner ethnisch-kulturellen Eigenart.

Das geopolitische Umfeld

Bei aller Kompliziertheit, Problembeladenheit und mitunter auch Tragik der heutigen Situation in Belarus besteht aller Grund zu der Annahme, daß für die Republik Belarus Perspektiven als demokratischer Rechtsstaat durchaus gegeben sind. Diese Überzeugung gründet sich auf die besondere Rolle des Landes im Rahmen der europäischen Politik und Sicherheit. Diese Spezifik läßt die Behauptung zu, daß weder Europa noch die USA im Hinblick auf ihre strategischen Interessen jemals gleichgültig oder uninteressiert bezüglich der Zukunft Weißrußlands sein werden. Heute ist man sich in Washington und in den europäischen Hauptstädten dessen nicht voll bewußt, aber nach unserer Ansicht werden in nächster Zeit in der Außenpolitik der Europäischen Union und der USA gegenüber Belarus bedeutende Korrekturen stattfinden müssen.

Belarus ist ein untrennbarer Bestandteil der europäischen Politik und Sicherheit, ein Bindeglied des Friedens und der Stabilität zwischen dem postsowjetischen Raum und Ostmitteleuropa. Davon, wie es sich verhält, wie weit es sich dem Westen annähert oder sich von ihm entfernt und in welchem Maße

es seine innere Stabilität bewahrt, hängt die Sicherheit seiner Nachbarn Litauen, Lettland, Ukraine und Polen ab.

Wenn sich die wechselseitige Sicherheit zwischen Belarus und den genannten Ländern verbessert, dann verbessert sich auch die Sicherheit in ganz Europa, verschlechtert sie sich, dann geschieht das gleiche auch im übrigen Europa. Bei dieser Gleichung bleibt die Entwicklung Rußlands die entscheidende Komponente, die Sicherheit der Ukraine das Hauptproblem und Belarus der Fixpunkt, um den herum die Bewegung stattfindet. Belarus in einer Union mit Rußland läßt eine Bedrohung allgemeiner Art zu einer viel konkreteren Gefahr für die unmittelbaren Nachbarn werden.

Dadurch wird Belarus zur Schnittfläche mehrerer Räume, die alle für die internationale Politik Osteuropas wichtig sind. Mit Rußland und der Ukraine bildet Belarus ein wichtiges Dreieck. Entsteht an irgendeiner Seite dieses Dreiecks eine Spannung, kann dies die Stabilität im europäischen Teil der ehemaligen UdSSR bedrohen, und diese Spannung kann auf die angrenzenden westlichen Regionen projiziert werden. Außerdem figuriert Belarus auch in den ukrainisch-polnischen Beziehungen entweder als ein Land, das zur Besorgnis Anlaß gibt, oder als Teilnehmer am Dialog. In diesem Sinne ist Belarus auch in den deutsch-polnischen Beziehungen gegenwärtig. Ebenso spielt es in der baltischen Region eine gewisse Rolle. Betrachtet man Belarus innerhalb dieser Zusammenhänge und als die wichtigste Variable darin, dann kommt dem Land ein beträchtlicher Einfluß auf die allgemeine Stabilität in Ostmitteleuropa zu.

Die geographische Lage und die wirtschaftliche Struktur des Landes haben Belarus die Funktion einer Brücke für die gegenseitige kulturelle Durchdringung und Bereicherung zwischen Ost und West zugewiesen. Daß eine solche Wahl die richtige ist, wird durch unsere gesamte nicht leichte – alte wie neuere – Geschichte bezeugt. Das heißt nicht, daß wir uns unsere Partner blind aussuchen wollen. Ein neuer außenpolitischer Kurs muß klar definierte Richtlinien und einen konkreten Mechanismus zu ihrer konsequenten Realisierung besitzen. Seine Dominante muß die Herstellung politischer und wirtschaftlicher Verbindungen mit den am weitesten entwickelten Ländern der Welt sowie die allmähliche Einbindung (eine schnelle ist schon nicht mehr möglich) in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen Europas sein. Belarus ist nur dann in der Lage, eine derartige Brückenfunktion auszuüben, wenn sein Territorium zu einem Ort der nichtkonfrontativen Begegnung zweier mächtiger Wirtschaftssysteme wird.

Unstrittig ist, daß die Außenpolitik jedes Staates sich in erster Linie auf der Basis der nationalen Interessen herausbildet. Ebenso klar ist, daß dabei die potentiellen Partner klar definiert sein müssen und ihre Interessen und Möglichkeiten sowie der Einfluß der eigenen Handlungen auf die allgemeine geopolitische Situation zu berücksichtigen sind. Eine genaue Prognose der hauptsächlichsten Trends der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft und einzelner regionaler Vereinigungen sowie die Erarbeitung einer außenpolitischen Strategie des Staates auf dieser Basis schaffen die Voraussetzungen für eine wesentliche Beschleunigung seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Belarus besitzt bislang keine außenpolitische Strategie. Bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein ließ sich die Außenpolitik des Landes als vordergründig-plakative Besuchspolitik charakterisieren. Diese Art Politik glich eher einem Kulturprogramm als einer durchdachten Außenpolitik. Seit dem Machtantritt Aleksandr Lukaschenkas ist die Außenpolitik im Grunde zu einem Instrument geworden, mit dem der weißrussische Präsident sein Hauptziel erreichen will: Präsident eines vereinigten russisch-weißrussischen Staates zu werden. Seine ideologische, fragmentarische, impulsive und widersprüchliche Politik hatte zur Folge, daß Belarus das negative Image eines in seinen Handlungen unberechenbaren Staates vermittelt.

Interessen gegenüber Rußland

Wir können die offenkundige Tatsache, daß Belarus sich heute nach wie vor im Bereich der strategischen Interessen Rußlands befindet, nicht außer acht lassen. Unter diesen Bedingungen ist eine Festi-

gung der Souveränität des Landes nur dann möglich, wenn seine Abhängigkeit von Energieträgerlieferungen aus Rußland verringert wird. Die Konsequenz einer solchen Politik wird, sofern eine adäquate Ressourcenbasis gefunden wird, die Umorientierung von Belarus von einem einzigen strategischen Partner auf mehrere sein. Diese Vorgehensweise gründet sich auf Pragmatismus. Man kann sich nicht an einen einzigen Staat anbinden, wie groß er auch sei. Für das Land kann sich das negativ auswirken. Der Geber wird immer seine Bedingungen diktieren, die unbedingt zu erfüllen sind. Solange keine Umorientierung eines bedeutenden Teils der nationalen Industrie auf nichtrussische Rohstoff- und Absatzmärkte stattfindet, müssen politische Formen des Drucks und der Lobbyarbeit bei der russischen Führung von innen heraus angewandt werden.

Gibt man sich nicht Emotionen und bloßem Wunschdenken hin, dann muß man einräumen, daß auf kurze Sicht viele Faktoren bestehen bleiben werden, die Belarus nötigen, russische Interessen zu berücksichtigen. Und wenn Rußland weiterhin seine Beziehungen zum Westen pflegt und sich bemüht, in der europäischen Politik eine konstruktive, positive Rolle zu spielen, dann steigen für Belarus die Chancen auf Integration mit dem Westen.

Die demokratische Opposition hat sich am 23. Mai 1997 gegen die Bildung einer Union von Belarus und Rußland ausgesprochen. Wir meinen, daß unter den heutigen Bedingungen eine Integration allein mit Rußland für Belarus auf längere Sicht den Verlust der Souveränität und der Staatlichkeit bedeuten kann. Andererseits zeigt eine objektive Analyse, daß dies nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß Aleksandr Lukaschenka in den Kreml einzieht. Das ist zwar nicht auszuschließen, aber doch wenig wahrscheinlich.

Die besonders unter der Landbevölkerung und unter älteren Menschen weit verbreitete Sympathie für Rußland und der Wunsch, besondere Beziehungen zu ihm zu pflegen, sollte nicht mit der Bereitschaft verwechselt werden, wieder ein Teil Rußlands zu werden. Die Integration beider Länder ist zu einer Art Saisonware geworden, die besonders gut in solchen Zeiten geht, wenn sich der Machtkampf verschärft und die sozial-ökonomische Krise zunimmt. Für Lukaschenka ist die Integration ein Mittel der politischen Propaganda und eine Chance, seine Machtambitionen im Hinblick auf den Kreml zu realisieren. Für Rußland handelt es sich um den Versuch, die zunehmenden Desintegrationstendenzen innerhalb der Föderation mit Hilfe der weißrussisch-russischen Integration zu bremsen und die Reintegration im postsowjetischen Raum einzuleiten.

Angesichts der heute herrschenden Gegebenheiten wird aber bei der Weise, in der die "Integration" vorgeschlagen wird, als reale Folge einer Vereinigung eine natürliche Zunahme rußlandfeindlicher Stimmungen in Belarus eintreten. Rußland ist nicht in der Lage, die Kosten für eine Vereinigung zu tragen. Das konfliktträchtige Rußland, gepaart mit dem konfliktträchtigen Lukaschenka, kann zu einer destruktiven Kraft mutieren, die den brüchigen Frieden und die Zukunftsaussichten zerstört.

Belarus und die GUS

Es besteht aller Grund, die Perspektiven der GUS ziemlich pessimistisch zu beurteilen. Belarus sollte die verschiedenen regionalen zwischenstaatlichen Gebilde als Gegengewicht zur wirtschaftlichen und politischen Hegemonie Rußlands unterstützen. Die GUS ist jedoch kein solches Gegengewicht. Ganz sicher haben die GUS-Länder gemeinsame Interessen – die Ähnlichkeit der Probleme im Zusammenhang mit der Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftskrise macht es erforderlich, nach gemeinsamen Antworten zu suchen –, aber sie haben auch unterschiedliche Interessen. Deshalb lautet die Frage: Welche Interessen überwiegen und wie steht es damit in der Zukunft?

Wir gehen davon aus, daß die Interessen der GUS-Länder ungeachtet mancher Gemeinsamkeiten im wesentlichen asymmetrisch sind. In grundsätzlichen Fragen trennt diese Asymmetrie Rußland auf der einen Seite von der Mehrzahl der GUS-Länder auf der anderen. Die Frage, in der die Interessen Rußlands und der anderen GUS-Länder auseinandergehen, betrifft nicht so sehr die Reintegration als vielmehr den Erhalt des von der ehemaligen UdSSR ererbten Systems des Präferenzhandels, bei dem

Rußland die Rolle eines Gebers für seine Nachbarn spielt. Auf diesem Grundwiderspruch basieren auch die politischen Differenzen bezüglich der Methoden zum Ausbau der Gemeinschaft.

Es ist die Asymmetrie der Interessen Rußlands und der anderen GUS-Mitglieder und nicht die Ränkespiele der Integrationsgegner, die einer Festigung der Gemeinschaft im Wege stehen. Das zeigte sich besonders deutlich beim letzten Gipfeltreffen der GUS-Staatschefs in Chi^oinäu, wo zu keiner der auf der Tagesordnung stehenden Fragen ein Beschluß gefaßt wurde und wo sich Rußland heftiger Kritik von seiten der übrigen Gemeinschaftsmitglieder ausgesetzt sah. Symptomatisch ist, daß Lukaschenkas Initiative zur Reorganisation und Vornahme grundlegender Änderungen innerhalb der GUS, die in Belarus als "historisch" und "epochal" propagiert wurde, auf den schweigenden Widerstand der GUS-Partner stieß.

Innerhalb der Gemeinschaft vollzieht sich ein Prozeß der "Bündelung nach Interessen". Die Länder der mittelasiatischen Region konsolidieren sich. Besonders spezifisch ist in dieser Hinsicht das Dezember-Treffen der Staatschefs aller mittelasiatischen Republiken in Aschchabad – das erste seiner Art.

Versuche, die Integration im Rahmen der EU als Modell für die Integrationsprozesse in der GUS darzustellen, entbehren jeder seriösen Grundlage. Die Gemeinschaft besitzt nicht im gleichen Maße gemeinsame Werte, Interessen und Ziele, wie sie der Integration in Westeuropa zugrundeliegen. Kennzeichnend für die Länder der GUS ist das Fehlen gemeinsamer Interessen im Bereich der Sicherheit und die unterschiedliche geographische Ausrichtung ihrer Politik. Was die GUS-Mitglieder eint, ist die gemeinsame, wenn auch unterschiedlich starke Abhängigkeit von Rußland. Die EU ist aufgebaut worden, ohne daß es ein Land gab, das die anderen dominierte. Das Fehlen einer "Führungsmacht" ließ Befürchtungen, die Union würde den Interessen eines einzelnen Landes untergeordnet, gar nicht erst aufkommen. Rußland hingegen ist die objektiv dominierende Macht im postsowjetischen Raum.

Die Erfahrung der EU zeigt, wie schwierig der Integrationsprozeß von Staaten mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ist. In der GUS ist dieses Gefälle noch größer, was die Möglichkeit einer Integration verschiedenartiger Wirtschaften zweifelhaft erscheinen läßt.

Wir lehnen eine staatliche Vereinigung der GUS-Staaten und die Schaffung supranationaler Organe der Gemeinschaft kategorisch ab. Statt Reintegration schlagen wir Integration vor, deren unerläßliche Voraussetzung erfolgreiche marktwirtschaftliche Umgestaltungen sowie wirtschaftliche und finanzielle Stabilisierung sind.

Die Strategie einer "natürlichen" Integration setzt den Abbau der bestehenden vertikalen Abhängigkeit der Gemeinschaftsländer von Rußland und die Förderung horizontaler Verbindungen voraus. Sie erfordert nicht den Erhalt eines geopolitischen Monolithen, sondern die Heranbildung eines geopolitischen Pluralismus im Raum der ehemaligen UdSSR.

Somit sehen wir als Opposition das Verhältnis von Belarus zur GUS als ambivalent an, da auch die Zukunft der GUS selbst zweifelhaft ist. Die Union mit Rußland ist eine Idee, die nur auf dem Papier besteht und beim Versuch, sie in die Praxis umzusetzen, ins Schleudern gerät. Bei näherem Hinsehen stellt sich die Frage, ob wirklich jedes der fraglichen Länder die Union will. Die Union der Vier (Rußland, Kasachstan, Kirgistan, Belarus) ist ein Gebilde, das irgendwo zwischen der uneindeutigen GUS und der opportunistisch-plakativen Union der Zwei angesiedelt ist. Das Handelsvolumen von Belarus mit Kirgistan machte im vergangenen Jahr 0,17 Prozent aus – diese Zahl spricht für sich. In nördlicher, südlicher und westlicher Richtung verbinden lebenswichtige Interessen Belarus mit Ländern, deren Zukunft Teil eines kommenden Großeuropas ist. Das muß die Richtschnur zum Handeln sein.

Anatol' Ljabez'ka

Der Verfasser ist stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Bürgerpartei, Mitglied des legitimen Parlaments von Belarus und Präsident der Weißrussischen Euro-Atlantischen Vereinigung. Er gibt hier seine persönlichen Ansichten wieder.

Redaktion: Bernd Bentlin/Heinz Timmermann

Übersetzung: Bernd Bentlin

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071